

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung am
23.10.2012**

öffentlich

Ort: Deutsche Akademie der Naturforscher
Leopoldina e. V.
- Nationale Akademie der Wissenschaften -
Jägerberg 1
06108 Halle (Saale)
- Seminarraum 3 -

Zeit: 19:09 Uhr bis 19:17 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Lothar Dieringer
parteilos

Herr Dieringer nahm bis 17:48 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Olaf Sieber
DIE LINKE.

Herr Sieber nahm ab 16:03 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Robert Bonan
parteilos

Vertretung für Frau Ewert.
Nahm bis 18:25 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Johannes Krause
SPD

Vertretung für Frau Hintz.
Nahm bis 17:21 an der Sitzung teil.

Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber
FDP

Vertreter für Herrn Hajek.

Frau Dr. Inés Brock
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN

Vertretung für Herrn Menn.

Herr Denis Häder
MitBÜRGER für Halle

Frau Beate Fleischer
SKE

Herr Dr. Gerhard Kotte
SKE

Herr Kotte nahm ab 16:06 Uhr an der Sitzung
teil.

Frau Irmgard Lawnik
SKE

Herr Ulrich Peinhardt
SKE

Herr Carsten Hoheisel
SKE

Frau Anja Krimmling-Schoeffler
SKE

Frau Krimmling nahm bis 18:48 Uhr an der
Sitzung teil.

Herr Wolfram Neumann
Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft
und Arbeit

Herr Stefan Jaeger
Referent im Dezernat Wirtschaft, Wissen-
schaft und Arbeit

Herr Jaeger nahm ab 16:06 an der Sitzung
teil.

Herr Dr. Heinz Friedrich Franke
Amtsleiter im Amt für Wirtschaftsförderung

Frau Anna Altenkirch
Sachbearbeiterin im Amt für Wirtschafts-
förderung

Frau Eileen Panier
Protokollführerin

Herr Lucas Schütze
Auszubildender

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld
CDU

Herr Andreas Scholtyssek
CDU

Herr Uwe Heft
parteilos

Frau Dr. Petra Sitte
DIE LINKE.

Frau Gertrud Ewert
SPD

Vertreten durch Herrn Bonan.

Frau Katharina Hintz
SPD

Vertreten durch Herrn Krause.

Herr Andreas Hajek
parteilos

Vertreten durch den Herrn Dr. Wöllenweber.

Herr Christoph Menn
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Vertreten durch Frau Brock.

Herr Christian Glüse
SKE

Herr Heinz-Günter Ploß
SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung wurde von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Zu Beginn der Feststellung der Tagesordnung teilte **Herr Dr. Wöllenweber, FDP-Stadtratsfraktion**, mit, dass der Antrag der Fraktion unter TOP 5.1. für die heutige Sitzung mit Änderungen eingebracht wird.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, teilte mit, dass hier ein formales Problem bestehe, da der Antrag durch Beschluss des Ausschusses bis zur abschließenden Vorberatung im Kulturausschuss vertagt wurde und somit, da bisher keine Abstimmung durch den Kulturausschuss erfolgte, nicht im Rahmen der Sitzung beraten werden kann. Daher wurde der Antrag inkl. des entsprechenden Änderungsantrages der **Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN** abgesetzt.

Des Weiteren bat **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, um die Vorziehung des Antrages ihrer Fraktion zum Thema „Trinkwasserbrunnen“ von TOP 5.5. auf TOP 5.2.

Dem konnte zugestimmt werden.

Abschließend bat **Herr Häder** um die Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.07.2012
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat
Vorlage: V/2011/10362
 - 4.2. Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762

- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage
- 4.2.1 „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des
Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – Vorlagen-Nummer: V/2012/10762
Vorlage: V/2012/11107
- Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur
- 4.2.2 Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung
des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – V/2012/10762
Vorlage: V/2012/11149
- 4.3. Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2012/11010
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open
Vorlage: V/2012/10586
- Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -
- 5.1.1 Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Handels Open
Vorlage: V/2012/10880
- 5.2. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften
für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967
- 5.3. Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER
für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz
und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986
- 5.4. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dölau
Vorlage: V/2012/10996
- 5.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage eines Konzeptes für
Trinkwasserbrunnen in Halle
Vorlage: V/2012/11003
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Anfrage der CDU-Fraktion zu Fahrradstellplätzen
Vorlage: V/2012/10960
- 6.2. Anfrage der CDU-Fraktion zum Sachstand Breitbandausbau
Vorlage: V/2012/10961
7. Mitteilungen
- 7.1. Information zur Auswertung der Umfrage zur Erhöhung der GEMA-Gebühren
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 17.07.2012**

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung vom 17.07.2012.

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Berichterstattungen in den Fachausschüssen und im Stadtrat** **Vorlage: V/2011/10362**

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, wies darauf hin, dass es sich bei der Vorlage um einen Beschluss zur turnusmäßigen Berichterstattung handelt.

Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses, merkte an, dass die Beschlussvorlage auf einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zurück geht, wobei es sich hier, wie bereits durch **Herrn Neumann** erläutert, nur um den Beschluss zum Rhythmus der Berichterstattung handelt. Die Konzeption wird in einer eigenen Beschlussvorlage sicherlich in Zukunft vorgestellt.

Danach erfolgte die Abstimmung der Beschlussvorlage, wobei **Herr Häder**, darauf hinwies, dass mit dem Inkrafttreten der neuen Geschäftsordnung für den Stadtrat und seine Ausschüsse nun auch die sachkundigen Einwohner die Möglichkeit zur „Positionierung“ im Rahmen einer „Abstimmung“ haben. Das Ergebnis gilt als Empfehlung.

Herr Neumann wies darauf hin, dass dies noch seitens der Verwaltung geklärt wird.

Herr Häder teilte dazu mit, dass die Stellungnahme von **Herrn Geier, Beigeordneter für Finanzen und Personal**, dazu seit dem 22.10.2012 vorliegt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Vorlage der Berichterstattungen in den Fachausschüssen bzw. im Stadtrat einschließlich deren Terminisierung (siehe Anlage).

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

7 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Stimmenthaltung

**zu 4.2 Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des
Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025
Vorlage: V/2012/10762**

Wortmeldung von Herrn Krause, SPD-Stadtratsfraktion:

Das Integrierte Strategiepapier sollte nur als Informationsvorlage eingebracht werden.

Antwort von Herrn Golnik, Stadtplanungsamt:

Das Integrierte Strategiepapier ist hier auch nur als Information eingebracht (vgl. Formulierung 1. Beschlusspunkt), während der übrige Teil der Beschlussvorlage, also das Integrierte Stadtentwicklungskonzept zu beschließen ist.

Wortmeldung von Herrn Dieringer, CDU-Stadtratsfraktion:

Er äußerte Zweifel an dem Inhalt des Papiers, so haben aus seiner Sicht zu viele Akteure daran mitgearbeitet und bekanntlich „verderben ja viele Köche den Brei“. Er kommt zu dem Schluss, dass scharfe bzw. klare Ziele definiert werden müssen (feste Ziele setzen und Überprüfungszeiträume einrichten), so sind die aufgenommenen Ziele wie z. B. „Förderung des kreativen Klimas“ nicht als feste Ziele zu sehen.

Nach seinen Vorstellungen sollte in einem übersichtlichen Format dargestellt sein, wo man im Jahr 2025 als Stadt sein möchte. Diese Übersicht sollte man dann unter allen Mitarbeitern der Stadtverwaltung verbreiten, denn sonst wisse man in ein paar Jahren nicht mehr, was man mit dem Strategiepapier und dem Stadtentwicklungskonzept beschlossen hat.

Abschließend sei festzuhalten, dass vielmehr Aspekte in dem Papier hätten berücksichtigt und auch aufgenommen werden müssen.

Wortmeldung von Herrn Krause:

Er begrüßte es, dass man sich als Verwaltung dazu entschlossen habe, sich Zeit dafür zu nehmen, um den Sachverstand aus der Bevölkerung einfließen zu lassen. Man dürfe nicht außer Acht lassen, dass es bisher niemand geschafft hat, zusammenzufassen, was wir als Stadt tatsächlich sind. Dies hat das Papier bisher auch nicht erreichen können, aber dadurch konnte eine räumliche Betrachtung und Schwerpunktsetzung erfolgen.

Hinweise von Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit:

Im Jahr 2008 erfolgte die Ernennung der Leopoldina zur Nationalen Akademie der Wissenschaften, damit erfolgte dann auch der Schulterschluss mit der Universität. Mit diesen Argumenten „punktet“ man auch im nationalen und internationalen Vergleich.

Daher sind die Themen Wissenschaft und Bildung wichtig für die „Verkettung“ der Bereiche Familie, Gewerbesteuer etc.

Anfrage von Herrn Peinhardt, sachkundiger Einwohner:

Wie viel Arbeit ist in die Erstellung des Papiers eingeflossen in Bezug auf Arbeitsstunden, Mann-Arbeitstage etc.?

Antwort von Herrn Golnik:

Für das Büro zur Begleitung des Leitbildes und für die Moderation des isw im Prozess sind ca. 9.000 Euro veranschlagt worden.

Wortmeldung **Herr Sieber, Fraktion DIE LINKE.:**

Er ist zufrieden, dass sich etwas in der Verwaltung in Bezug auf die bisher durch die Fraktionen geäußerten Änderungswünsche bewegt hat. Das vorliegende Strategiepapier bildet eine gute Diskussionsgrundlage.

Er wünscht aber die Aufnahme eines neuen Anstriches unter den 4. Beschlusspunkt mit der zusätzlichen Aufführung der **Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtspflege sowie der Sozialverbände.**

Wortmeldung von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses:**

Aus den Vorberatungen wurden aus seiner Sicht 2 Punkte nicht in das Papier übernommen:

1. Die Ermittlung Stärken und Schwächen bei der durchzuführenden Analyse fehlt.
2. Wie sollen die Akteure unter dem 4. Beschlusspunkt einbezogen werden, was ist genau darunter zu verstehen?

Antworten von **Herrn Golnik:**

zu 1.: Die Stärken und Schwächen werden in die Analyse aufgenommen

zu 2.: Der 4. Beschlusspunkt soll verdeutlichen, dass hier nicht nur eine Information als Form der Beteiligung erfolgen soll. Wie eine konkrete Struktur der Beteiligung der unter dem 4. Beschlusspunkt genannten Akteure aussehen soll, muss jedoch noch überlegt werden. Die Verwaltung wird hierzu im weiteren Prozess einen Vorschlag unterbreiten.

Anfrage von **Herrn Dieringer:**

Ist der 4. Beschlusspunkt paritätisch gemeint?

Antwort von **Herrn Neumann:**

Die Verwaltung wird vor der Beratung im Stadtrat noch einmal einen konkreten Vorschlag dazu, vielleicht auch in Form eines Anhangs zum Protokoll, vorlegen. Grundsätzlich soll aber von Beginn an nicht nur eine Information sondern auch ein Mitspracherecht erfolgen und eingeräumt werden.

Die Beschlusspunkte 3 und 4 bilden im Beschluss eine Einheit und die Umsetzung des Vorschlages von **Herrn Sieber** wird zugesichert, d. h. die Verwaltung wird diesen übernehmen.

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat ~~beschließt~~ **nimmt** das Integrierte Strategiepapier, bestehend aus dem Strategiepapier „Vernetzte Vielfalt – Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ und dem „Räumlichen Leitbild Halle 2025 *plus*“, **als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis.**
2. Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 als Integriertes Stadtentwicklungskonzept Halle 2025 ~~auf Grundlage von Strategiepapier und Räumlichem Leitbild~~ fortzuschreiben.
3. ~~Die bisherige „Lenkungsgruppe Strategiedialog“ begleitet als „Lenkungsgruppe Stadtentwicklungskonzept“ die Fortschreibung.~~
3. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts, insbesondere die Bestandsanalyse, auf der Grundlage wissenschaftlicher Indikatoren durchzuführen und Ziele und Maßnahmen für die Stadtentwicklung festzulegen.**
4. **Von Beginn an ist die Öffentlichkeit in die Erarbeitung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025 einzubeziehen und regelmäßig über den Fortgang der Arbeiten zu informieren. In die Beteiligung sind insbesondere folgende Akteure von Anfang an gleichermaßen einzubeziehen:**

- **der Stadtrat als Vertreter der Politik,**
- **Vertreter der einzelnen Stadtteile (Bürgerinnen und Bürger, Bürgerschaftliche Vereine und Initiativen der Stadt Halle),**
- **Vertreter der öffentlichen Verwaltung,**
- **externe Experten, z. B. für Stadtplanung,**
- **Vertreter der Wirtschaft,**
- **Vertreter der Wissenschaft,**
- **Vertreter von Kunst und Kultur,**
- **Umweltverbände,**
- **Vertreter der Liga der freien Wohlfahrtspflege sowie der Sozialverbände**

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

6 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

1 Stimmenthaltung

zu 4.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – Vorlagen-Nummer: V/2012/10762
Vorlage: V/2012/11107**

Die Änderungen gemäß dem Änderungsantrag werden zugesichert und damit übernommen. Der Antrag gilt damit als erledigt.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat ~~beschließt~~ **nimmt** das Integrierte Strategiepapier, bestehend aus dem Strategiepapier „Vernetzte Vielfalt - Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ und dem „Räumlichen Leitbild Halle 2025 *plus*“, **als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis.**
- ~~2. Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 als Stadtentwicklungskonzept Halle 2025 auf Grundlage von Strategiepapier und Räumlichem Leitbild fortzuschreiben.~~
- ~~3. Die bisherige „Lenkungsgruppe Strategiedialog“ begleitet als „Lenkungsgruppe Stadtentwicklungskonzept“ die Fortschreibung.~~
2. **Der Stadtrat fordert die Stadtverwaltung auf, auf Grundlage dieses Strategiepapiers und mittels eines strukturierten Diskussionsprozesses unter Einbeziehung der Stadtratsfraktionen im zweiten Quartal 2013 eine Beschlussvorlage für a.) ein Integriertes Strategiepapier und b.) den Prozess zur Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts vorzulegen.**

Abstimmungsergebnis:

- erledigt -

zu 4.2.2 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage „Beschluss des Integrierten Strategiepapiers und der Fortschreibung des Stadtentwicklungskonzeptes Halle 2025“ – V/2012/10762**
Vorlage: V/2012/11149

Die Änderungen gemäß dem Änderungsantrag werden zugesichert und damit übernommen. Der Antrag gilt damit als erledigt.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat ~~beschließt~~ **nimmt** das Integrierte Strategiepapier, bestehend aus dem Strategiepapier „Vernetzte Vielfalt – Wissenschaft als kreativer Motor der Stadtentwicklung“ und dem „Räumlichen Leitbild Halle 2025 *plus*“, **als Diskussionsgrundlage zur Kenntnis.**
2. ~~Der Stadtrat beschließt, das Integrierte Stadtentwicklungskonzept aus dem Jahr 2007 als Stadtentwicklungskonzept Halle 2025 auf Grundlage von Strategiepapier und Räumlichem Leitbild fortzuschreiben.~~
3. ~~Die bisherige „Lenkungsgruppe Strategiedialog“ begleitet als „Lenkungsgruppe Stadtentwicklungskonzept“ die Fortschreibung.~~
2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts eine Bestandsaufnahme mit Hilfe von wissenschaftlichen Indikatoren, die die Stärken und Schwächen der Stadt und der Stadtteile beschreiben, zu erarbeiten und eine städtebauliche Weiterentwicklung im gemeinsamen Diskurs (siehe Punkt 3) festzulegen.**
3. **Mit Beginn des Prozesses der Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts ist ein stetiger Informations- und Kommunikationsprozess in der Öffentlichkeit zu initiieren und zu moderieren. Hierbei sollen folgende Akteure von Anfang an - gleichermaßen - einbezogen werden, um ein integriertes Handeln bereits während der Konzepterarbeitung zu gewährleisten:**
 - **Stadtrat als Vertreter der Politik**
 - **Vertreter der einzelnen Stadtteile (Bürgerinnen und Bürger, Bürgerschaftliche Vereine und Initiativen der Stadt Halle)**
 - **Vertreter der öffentlichen Verwaltung**
 - **verwaltungsexterne Akteure der Stadtplanung**
 - **Vertreter der Wirtschaft**
 - **Vertreter der Wissenschaft**
 - **Vertreter von Kunst und Kultur**

Das Beteiligungsverfahren sichert eine begleitende Einbeziehung der o. g. Akteure in den Erarbeitungsprozess des Stadtentwicklungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis:

- erledigt -

zu 4.3 Vereinsgründung der Metropolregion Mitteldeutschland
Vorlage: V/2012/11010

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit, stellt kurz die Beschlussvorlage vor:

1. nach 2 – 3 Jahren soll geprüft werden, was die Mitgliedschaft im Ergebnis bringt
2. bisher erfolgten die Abstimmungen in den anderen Gremien immer einstimmig in der Zustimmung
3. er bat um Zustimmung zur Vorlage

Wortmeldung von **Herrn Krause, SPD-Stadtratsfraktion**:

Die Mitgliedschaften sind im Finanzausschuss zu prüfen. Bezüglich der Beschlussvorlage ist festzustellen, dass der Vermerk über die finanziellen Auswirkungen fehlt und der Finanzausschuss nicht in der Gremienfolge aufgenommen wurde.

Antwort von **Herrn Neumann**:

Er sichert die Darstellung der Auswirkungen zu, wobei die finanziellen Ausgaben bisher auch erfolgt sind. Die Vorlage wird entsprechend ergänzt.

Hinweis von **Herrn Dieringer, CDU-Stadtratsfraktion**:

Bei diesem Projekt fehlt eine Nachverfolgung, so kann nicht nachvollzogen werden, wie sich das Projekt auswirkt.

Hinweis von **Herrn Krause**:

Die Haushaltsstelle ist ebenfalls noch aufzunehmen, dies gehört zur Beschlussvorlage dazu. Des Weiteren findet er den Namen „Metropolregion“ überzogen, da keine Metropolen in diesem Verbund vertreten sind.

Auf die weitere Diskussion wird hier nur entsprechend verwiesen.

Zum Hinweis von **Herrn Dieringer** wurde anschließend mitgeteilt, dass nach 2 Jahren eine Auswertung der Ergebnisse zugesagt wird. Hierzu erfolgt ein Vortrag im Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung.

Beschlussvorschlag:

Die Entwürfe der Satzung und der Beitragsordnung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ werden zur Kenntnis genommen.

Der Gründung des Vereins „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ mit Sitz in Leipzig wird zugestimmt und der Oberbürgermeister/die Oberbürgermeisterin ermächtigt, die Gründung mit den anderen Mitgliedsstädten der Metropolregion vorzunehmen.

Der ordentlichen Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Verein „Metropolregion Mitteldeutschland e.V.“ wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Stimmenthaltungen

Anmerkung:

Nachdem **Herr Krause** (SPD) feststellte, dass die Benennung der finanziellen Auswirkungen sowie eine Beratung im Finanzausschuss in der Gremienfolge der Beschlussvorlage fehlen, wurde zugesagt, die Ergänzungen entsprechend in der Beschlussvorlage aufzunehmen und die Vorlage in den Finanzausschuss einzubringen.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open Vorlage: V/2012/10586

Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt präzisiert: In die Vereinbarung werden Klauseln eingefügt, die die Ausgestaltung des Salzfestes und der Händels Open detaillierter regeln.~~
- ~~2. Bei den Händels Open wird dem besonderen Kulturanspruch der Stadt an diese Veranstaltung Rechnung getragen. Ein Bezug zu Georg Friedrich Händel und zur Barockzeit muss deutlich erkennbar sein. Moderne Elemente mit Bezug auf diese Werke sind ergänzend möglich.~~
- ~~3. Das Salzfest bezieht seinen Namen aus der halleschen Salzwirker-Tradition. Daran muss sich das Veranstaltungskonzept messen lassen. Das Verkaufssortiment hat sich von einem üblichen Marktsortiment durch einen besonderen Bezug zur Salztradition zu unterscheiden.~~
- ~~4. Sollte der Betreiber der Änderung nicht zustimmen, wird die Kooperationsvereinbarung zum nächstmöglichen Zeitpunkt (30.11.2012) gekündigt.~~
- ~~5. Die Stadtverwaltung legt jedes Jahr das Programm der Veranstaltungen im zuständigen Fachausschuss des Stadtrates rechtzeitig vor Beginn der jeweiligen Veranstaltung zur Bestätigung vor.~~

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kriterien und Standards für die gebührenbefreite Vergabe von Marktplatz und Hallmarkt ab dem Jahr 2013 zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Sämtliche bestehende Verträge, in denen diese Kriterien nicht enthalten sind, werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt und neu ausgehandelt anhand der durch den Stadtrat beschlossenen Kriterien.

Abstimmungsergebnis:

- abgesetzt -

Der Antrag wurde abgesetzt, da mit Vertagung in der Sitzung vom 17.07.2012 festgelegt wurde, dass er erst wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt wird, wenn eine Abstimmung durch den Kulturausschuss erfolgte.

**zu 5.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der FDP -Stadtratsfraktion zum Salzfest und zu den Händels Open
Vorlage: V/2012/10880**

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Die Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Halle (Saale) und dem Veranstalter der jährlich stattfindenden Veranstaltungen „Salzfest“ und „Händels Open“ wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt mit dem Ziel neu verhandelt, die Ausgestaltung der Veranstaltungen stärker an den Interessen der Stadt auszurichten. In die Kooperationsvereinbarung werden konkrete Kriterien aufgenommen, die dem historischen Bezug und dem Namen der Veranstaltungen Rechnung tragen.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, diesen Prozess zu organisieren und den Kulturausschuss zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

- abgesetzt -

Der Änderungsantrag wurde abgesetzt, da mit Vertagung des eigentlichen Antrages in der Sitzung vom 17.07.2012 festgelegt wurde, dass der eigentliche Antrag erst wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt wird, wenn eine Abstimmung durch den Kulturausschuss erfolgte.

**zu 5.2 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Einführung von Parkerlaubnisheften für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte
Vorlage: V/2012/10967**

Nach der Vorstellung des Antrages durch **Herrn Dr. Wöllenweber, FDP-Stadtratsfraktion**, erfolgte die Diskussion.

Wortmeldung von **Frau Fleischer, sachkundige Einwohnerin:**

Ein Missbrauch der Parkerlaubnishefte ist nicht möglich. Aber es muss ersichtlich sein, was das Parken kosten soll. Diese Hefte würden der Wirtschaft positiv dienlich sein.

Wortmeldung von **Herrn Sieber, Fraktion DIE LINKE.:**

Zunächst einmal macht die Verwaltung den Eindruck, als sei man als Unternehmer dort nicht gewollt, so erhält man zum Thema Parken nur die Aussage: „Man muss die Regelungen zum Parken so akzeptieren, da es sich hier um den übertragenen Wirkungskreis handele.“

Dies ist ungünstig für die Unternehmen.

Wichtig wäre, dass auch die Bewohnerparkplätze genutzt werden dürfen und nicht nur Fußgängerzonen, da für den Altstadtring eine Ausweisung von Bewohnerparkplätzen angedacht ist.

Hinweis von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses:**

Da der zuständige Vertreter nicht mehr anwesend sein konnte, bittet die Verwaltung um Vertagung.

Der Vertagung wurde mit Einverständnis des Antragstellers zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) führt Parkerlaubnisse für Handwerker, Gewerbe, Pflegedienste und Werttransporte für das Stadtgebiet Halle (Saale) als Ausnahmegenehmigung gemäß § 46 StVO ein.

Die Erlaubnis berechtigt zum Parken in Parkzonen mit den Verkehrszeichen 286 (eingeschränktes Halteverbot), 290 (eingeschränktes Halteverbot für eine Zone), 314 (Parkplatz, außer Sonderparkplatz für Schwerbehinderte) im mit Parkuhren und Parkscheinautomaten bewirtschafteten Parkraum, sowie in Bewohnerparkzonen und in Fußgängerzonen. In diesen Bereichen wird durch das Parkerlaubnisseft das Parken für Reparatur- und Montagearbeiten sowie Pflegedienste und Werttransporte erlaubt, sofern dadurch keine Behinderung des fließenden Verkehrs oder der Feuerwehr verursacht wird und die Rettungswege frei bleiben.

Antragsberechtigt sind Handwerksbetriebe und handwerksähnliche Gewerbetreibende sowie Pflegedienste und Werttransporte aus Halle (Saale), deren Betrieb bei der Handwerkskammer oder der Industrie- und Handelskammer gemeldet ist. Das Erlaubnisseft ~~gilt für ein Einsatzfahrzeug sowie ein Ersatzfahrzeug~~ **kann für alle Kraftfahrzeuge der Firma genutzt werden, der die Ausnahmegenehmigung erteilt wurde.** Die Kennzeichen sind anzugeben. Die Erlaubnis ist im Original im Fahrzeug mitzuführen und damit zeitgleich nur für ein Fahrzeug verwendbar.

Ein Parkerlaubnisseft beinhaltet 50 Ausnahmegenehmigungen. Mit einer Ausnahmegenehmigung kann an einem Tag an bis zu vier Einsatzorten bis zu einer Gesamtdauer von acht Stunden geparkt werden.

Die Parkerlaubnissefte werden über das Ordnungsamt der Stadt Halle (Saale) ausgegeben.

Die Gebühren für ein Parkerlaubnisseft betragen 150 Euro.

Abstimmungsergebnis:

- vertagt -

Der Antrag wurde mit Einverständnis des Antragstellers vertagt, da ein aussagefähiger Vertreter der Verwaltung, zum Zeitpunkt der Beratung des Antrages, nicht mehr anwesend sein konnte.

**zu 5.3 Antrag der Stadtratsfraktionen DIE LINKE., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zu Vergabekriterien für Veranstaltungen auf dem Marktplatz und Hallmarkt
Vorlage: V/2012/10986**

Nach der Erläuterung des Antrages durch **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, erfolgte die Diskussion.

Hinweise von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit:**

1. Es bestehen vertragliche Vereinbarungen mit der City-Gemeinschaft für die Nutzung zu Veranstaltungen.
2. Ebenfalls bestehen vertragliche Vereinbarungen mit festevent für die Veranstaltungen Salzfest und Händels Open

Im Anhang zum Protokoll ist es möglich die interne Richtlinie für die Vergabekriterien beizufügen. Dazu sei gesagt, dass bei Erfüllung aller 4 Kriterien die Sondernutzungsgebühren erlassen werden können.

Wenn eine Gleichbehandlung aller gewollt ist, dann ist eine Kündigung der vertraglichen Vereinbarungen mit der City-Gemeinschaft und der festevent GmbH unumgänglich.

Daher wurde folgender Vorschlag unterbreitet:

1. Das Papier wird zur Kenntnis genommen, wenn Änderungen erforderlich sein sollten, dann muss eine entsprechende Mitteilung zu den Änderungen erfolgen.
2. Problematisch gestaltet sich ja dabei, dass eine inhaltliche Bewertung vorgenommen werden sollte, jedoch kann die Verwaltung den kulturellen Inhalt nicht beurteilen.

Hinweis von **Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses:**

Vermutlich erfolgt hier eine Überinterpretation.

Auf die weitere Diskussion wird verwiesen. Abschließend wurde festgehalten, dass pro Jahr über ca. 100 Veranstaltungen entschieden wird, dabei sind die Regelungen der Marktsatzung zu beachten und umzusetzen.

Im Anschluss daran erfolgte die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit der Stadtmarketing Halle GmbH und dem Fachforum Politik der Stadtmarketing GmbH unter kulturellen, ökonomischen und touristischen Aspekten, Kriterien und Standards für die Vergabe von Marktplatz und Hallmarkt für regional und überregional bedeutende Veranstaltungen ab dem Jahr 2013 zu entwickeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung im November vorzulegen sowie in geeigneter Form zu veröffentlichen.

Abstimmungsergebnis:

- einstimmig zugestimmt -

3 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

zu 5.4 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Prüfung von Einkaufsmöglichkeiten in Dörlau
Vorlage: V/2012/10996

Wortmeldung von Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit:

Hier besteht das Problem, dass das Einzelhandels- und Zentrenkonzept aussagt, dass in diesem Bereich keine Einkaufsmöglichkeiten benötigt werden.

Wortmeldung von Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN:

Sie verstand die Diskussion nicht, so ist doch der Supermarkt aber bereits in der Planung und soll auch fertiggestellt werden. Da der Antrag doch nicht der Verhinderung des Vorhabens beabsichtige, ist die Beratung und Prüfung dessen nicht erforderlich.

Wortmeldung von Herrn Dr. Wöllenweber, FDP-Stadtratsfraktion:

Die Umsetzung einer solchen Einkaufsmöglichkeit sollte dort erfolgen, wo es die Situation und die Örtlichkeit zulassen. Der Antrag ist ungünstig, da eine solche Prüfung doch dann die Ergebnisse liefert.

Vorschlag von Herrn Neumann:

Das Votum des Fachgremiums sollte abgewartet werden.

Hinweis von Herrn Häder, Vorsitzender des Ausschusses:

Es handelt sich doch hierbei nur um einen Prüfauftrag, Herr Stäglin sollte doch die Prüfung übernehmen.

Antwort von Herrn Golnik, Stadtplanungsamt:

Dezernat II prüft derzeit die Sachlage noch. Das Verfahren steht aber kurz vor dem Abschluss.

Man versucht über den Bebauungsplan einen Nahversorger zu etablieren.

Wortmeldung von Herrn Sieber, Fraktion DIE LINKE.:

Man solle beachten, dass das Einzelhandels- und Zentrenkonzept nicht aufgehoben werden kann, da dann die Rechtssicherheit verloren ginge.

Herr Häder, schlug vor, den Antrag für heute zu vertagen, da die Verwaltung bereits in die Prüfung eingetreten ist. Dem Vorschlag wurde zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit im Stadtteil Dörlau durch das verstärkte Setzen von Anreizen ein Betreiber für eine weitere Einkaufsmöglichkeit im Stadtteil gewonnen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

- vertagt -

Der Antrag wurde auf Wunsch des Antragstellers vertagt.

**zu 5.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Vorlage eines Konzeptes für Trinkwasserbrunnen in Halle
Vorlage: V/2012/11003**

Frau Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte noch einmal kurz den Antrag und bat um Zustimmung.

Danach erfolgte die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt unter Einbeziehung der Hallesche Wasser und Stadtwirtschaft GmbH zu prüfen, an welchen geeigneten öffentlichen Plätzen im Stadtgebiet Trinkwasserbrunnen installiert werden können und welche Bau- und Folgekosten damit verbunden wären.

Abstimmungsergebnis:

- mehrheitlich zugestimmt -

3 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Stimmenthaltungen

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Anfrage der CDU-Fraktion zu Fahrradstellplätzen
Vorlage: V/2012/10960**

Die Anfrage gilt bereits als erledigt.

**zu 6.2 Anfrage der CDU-Fraktion zum Sachstand Breitbandausbau
Vorlage: V/2012/10961**

Herr Peinhardt, sachkundiger Einwohner, erkundigte sich warum private Anbieter nicht in den Ausbau investieren.

Antwort von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**: Die Landespolitik hat den Schwerpunkt auf den Ausbau in den ländlichen Gegenden gelegt. Bei den Unternehmen im Stadtgebiet sei man jedoch gut aufgestellt, lediglich die privaten Haushalte sind noch nicht ausreichend mit Breitband versorgt.

Nachfrage von **Herrn Peinhardt**:
Hat man als Stadt keine Möglichkeit zu fördern?

Antwort von **Herrn Neumann**:
Nein, dies wäre nur mit einem entsprechenden Förderprogramm möglich.

zu 7 **Mitteilungen**

zu 7.1 **Information zur Auswertung der Umfrage zur Erhöhung der GEMA-Gebühren**

Herr Dr. Franke, Amtsleiter Wirtschaftsförderung, führte durch eine Präsentation kurz in die Thematik ein.

Im Anschluss daran erhielt **Herr Lorenz, Geschäftsinhaber Kulturhaus Urania 70**, Rederecht:

Derzeit zahlt das Kulturhaus 9.000 Euro. Mit Erhöhung der GEMA-Gebühren würde sich diese Summe auf mind. 60.000 Euro belaufen, damit müsste man nach Erhöhung der Gebühren künftig Eintritt erheben und das würde das Geschäftsmodell des Unternehmens zerreißen.

Ein Problem stellt sich auch in Form der Vertragslaufzeit dar: So hat das Unternehmen derzeit einen Vertrag mit der GEMA bis 01.03.2013, dennoch soll die Gebührenerhöhung zum 01.01.2013 umgesetzt werden.

Er wies auch auf die Problematik von großen Veranstaltungen, wie z. B. dem Laternenfest, hin.

Die Mitglieder des Ausschusses teilten mit, dass der Ausschuss und der Stadtrat das Problem nicht lösen können, aber es die im Landtag vertretenen Parteien vielleicht dort zur Sprache bringen könnten, um über den Bundesrat Einfluss zu nehmen.

In diesem Zusammenhang bat **Herr Häder, Vorsitzender des Ausschusses**, um entsprechende Weitergabe durch die Fraktionen.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Herr Peinhardt, sachkundiger Einwohner, stellte eine mündliche Anfrage:

Die Große Ulrichstraße befindet sich in Zukunft im Umbau, wird diesbezüglich schon auf die Gewerbetreibenden zugegangen?

Antwort von **Herrn Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft, Wissenschaft und Arbeit**: Sobald die Fördermittel freigegeben wurden, hätte er gern direkt einen Ansprechpartner vor Ort, ansonsten werden die Gewerbetreibenden aber entsprechend informiert.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 07.12.12

Wolfram Neumann
Beigeordneter für Wirtschaft,
Wissenschaft und Arbeit

Denis Häder
Ausschussvorsitzender

Eileen Panier
Protokollführerin